



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Correspondenz aus Schlewig-Holstein.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Correspondenz aus Schleswig-Holstein.

Der Krieg, der kommen sollte, ist ausgebrochen und hat bis jetzt einen Verlauf genommen, daß man vor dem Reide der Götter bange werden möchte. Eine merkwürdige Verkettung von Ursachen hat es bewirkt, daß unser Ländchen bei den Streitigkeiten, welche den Ausbruch schon jetzt veranlaßten, eine solche Rolle gespielt hat, daß noch heute Tausende glauben, der Krieg drehe sich um die schleswig-holsteinische Frage. Theils aus diesem Grunde, theils wegen der Wichtigkeit der Ereignisse, welche vor nicht langer Zeit aller Augen auf Schleswig-Holstein zogen, mag es gestattet sein, die Leser dieser Blätter einen Augenblick von dem Stillleben zu unterhalten, das wir inmitten des allgemeinen Umsturzes führen.

Seit dem Abschluß des gasteiner Vertrages hatte die preussische Regierung ernstliche Bemühungen gemacht, wenigstens in Schleswig eine bessere Stimmung hervorzurufen. Die Wahl des Generals von Manteuffel zum Gouverneur war — lassen Sie sich das im Gegensatz zu dem im übrigen Deutschland gewöhnlichen Urtheil gesagt sein — keine unzweckmäßige. Das ganze Auftreten dieses Mannes, der nichts von bureaukratischer Steifheit hat, sich unmittelbar an die Leute selbst wandte und sorgsam ihre unschädlichen Liebhabereien und Vorurtheile schonte, hat die Stimmung nicht unwesentlich gebessert. Die Reden des Generals, welche sich gelesen seltsam ausnehmen, sollen in ihrer unmittelbaren Wirkung nicht fruchtlos gewesen sein. Aber diese günstige Einwirkung konnte doch verhältnißmäßig nur geringes helfen gegenüber der Masse widerstrebender Einflüsse. Was des Herrn v. Zedlitz Bestrebungen in Jahren verdorben hatten, war nicht in Monaten wieder gut zu machen. Anfangs hoffte man, daß Manteuffel auf die Entfernung dieses Herrn dringen würde; man wußte, daß derselbe durch die, wenigstens theilweise, Vereitelung seiner Absicht, die servilsten Werkzeuge der dänischen Regierung in die wichtigsten Verwaltungsämter zu bringen, schwer gekränkt und daß sein Verhältniß zum General kein gutes war; leider konnte man sich aber in Berlin nicht dazu entschließen, den Regierungspräsidenten abzurufen, und noch immer regiert derselbe in Schleswig. Einzelne Mißgriffe der Regierung, zu denen wir übrigens die s. g. Zucht- hausverordnungen nicht rechnen, kamen hinzu, und dann hatte man in der durch die verschiedenartige Agitation noch bestärkte, größtentheils auf dem Provinzialstolz und der unendlichen vis inertiae beruhenden Antipathie der Massen ein Hinderniß, das auch durch die besten Regierungsmaßregeln in

kurzer Zeit nicht hätte beseitigt werden können, nachdem man es einmal nicht befehrt oder vermocht hatte, dasselbe im Spätherbst 1863 im Sturme zu überwinden. Wie weit es ungeschickten Bemühungen des Regierungspräsidenten und den geschickteren des Generals gelungen ist, in der dänischen Bevölkerung Nordschleswigs Sympathien für Preußen zu erwecken, darüber fehlen Ihrem Correspondenten zuverlässige Nachrichten; sehr viel wird es nicht sein, wenn gleich durchaus nicht zu bezweifeln ist, daß sich die dortige Bauernbevölkerung viel leichter mit einer preußischen als mit einer augustenburgischen Regierung befreunden kann. Am meisten Sympathien findet Preußen noch bei den Bewohnern der mittelschleswigschen Städte Flensburg und Tondern, unter den Deutschgesinnten Haderslebens und unter den wohlhabenden Grundbesitzern Angelns. Selbst in der augustenburgischen Hauptstadt Schleswig haben persönliche und Erwerbsverhältnisse manchen Bürger Preußen genähert. Aber trotz alledem möchten wir nicht behaupten, daß auch nur an einem bedeutenderen Punkte die preußisch Gesinnten die Majorität haben, während sie in einigen Gegenden Südschleswigs, namentlich in dem durch Viehhandel reichen Tönning, nur eine verschwindende Minorität bilden. So ist es in Schleswig, das von Anfang an Preußen viel günstiger und gegen das Haus Augustenburg viel gleichgiltiger gewesen ist als Holstein, unter dessen Bewohnern aber freilich auch Urtheil und Geneigtheit Vernunftgründen Gehör zu geben seltner zu finden ist, als in Holstein.

In dem südlichen Herzogthum ging unterdessen die Agitation bis vor kurzem noch mit gewaltigem Geräusch, wena auch mit sehr geschwächten Kräften weiter. Während der Verlauf der diplomatischen Verhandlungen den nahen Ausbruch des Krieges und damit die Besetzung Holsteins durch Preußen nicht mehr zweifelhaft ließ, faßten die schleswig-holsteinischen Vereinte Resolutionen für Oestreich und dessen Unterstützung durch das bewaffnete Volk der Herzogthümer. Freilich gab sich hier und da selbst in diesen Vereinen schon die Abnung kund, daß es mit ihnen bald aus sei. In Altona gab man einstimmig auf den Antrag eines unserer bedeutendsten „Patrioten“ und Festredner den Resolutionen einen Zusatz, welcher sie im Wesentlichen aufhob, und zwar motivirte der Antragsteller seine Aenderung damit, daß man doch nicht wissen könne, ob nicht bald die Preußen kämen und das Land, wenn es bewaffnet wäre, als ein feindliches behandelten. Sie sehen, welch eine Vorsicht unsere tapfern Holsten entwickeln! Die Absicht, Oestreich mit eigener Gefahr zu unterstützen, war natürlich nirgends vorhanden; nur seine Sympathien widmete man dem Kaiserstaat und freute sich zugleich darüber, die Preußen zu ärgern.

Diese aber handelten. Es erfolgte der Abzug der Oestreicher, die Flucht des Prinzen, die Besitzergreifung durch die Preußen, und zwar alles ohne das geringste Blutvergießen. Während die große Menge die Veränderung theil-

nahmloser hinnahm, als selbst ein Kenner des holsteinischen Phlegmas hätte erwarten können, herrschte in den Kreisen der eigentlichen „Patrioten“ tiefe Niedergeschlagenheit. Die Flucht des allmählig in den Augen des Volks zum Messias gewordenen Fürsten machte den schlechtesten Eindruck, den die eigentlich Höfischen schon deshalb vergeblich zu verwischen suchten, da sie ihn selbst mit empfanden. Die herkömmliche Phrase, „die Sache des Herzogs habe nie besser gestanden als jetzt“, wollte zum ersten Male durchaus nicht mehr wirken. Von einem Widerstande war gar nicht die Rede. Die ersten Maßregeln Preußens in Bezug auf Holstein waren nicht bloß militärisch klug. Die Ernennung des Barons Karl Scheel-Plessen wird im übrigen Deutschland noch mehr Anstoß erregt haben, wie die von Manteuffel, aber sie war dennoch nicht bloß zweckmäßig, sonder gradezu nothwendig. Die einzige einflussreiche Partei, auf welche sich Preußen stützen konnte, war die ritterschaftliche, welche in unserem nicht bloß den Gesetzen, sondern den wirklichen Lebensverhältnissen nach stark feudalen Lande einen viel festeren Boden hat, als in den meisten andern deutschen Staaten; der politische Kopf dieser Partei ist Scheel-Plessen, und zwar müssen es ihm seine bittersten Feinde lassen, daß er nicht bloß einer der klügsten und gewandtesten Politiker und einer der gründlichsten Kenner der Landesverhältnisse ist, sondern noch eine hier zu Lande besonders seltene Eigenschaft besitzt, nämlich eine energische Arbeitskraft. Daß er sich nach dem Tode Friedrich des Siebenten nicht so benommen hatte, wie es die nationale Partei gewünscht hätte, konnte für die preußische Regierung doch kein entscheidender Grund sein, ihn fallen zu lassen. Einen augustenburgisch Gesinnten konnte sie unmöglich an die Spitze des Landes stellen. Die nationale Partei zählt schwerlich einen in ihrer Mitte, der zu einem solchen Amte qualificirt wäre, und wäre auch ein solcher zu finden, seine Unpopularität würde höchstens noch größer, dagegen sein Einfluß geringer gewesen sein. Endlich muß man bedenken, daß der partikularistische Sinn der Bewohner selbst den tüchtigsten und liberalsten preußischen Beamten weniger gern an der Spitze des Landes gesehen hätte, als einen Inländer. Manteuffel und zuerst unter ihm, dann allein Scheel-Plessen, der die Unpopularität der letzten Jahre schwer empfunden haben soll, trat von Anfang an sehr milde auf. Natürlich waren gewisse Zwangsmaßregeln unvermeidlich, aber wer das Gelärm der verbündeten Demokraten, Legitimisten und Oestreichischen gehört hatte, mußte auf ganz andere Dinge vorbereitet sein. Die schleswig-holsteinischen Vereine wurden unterdrückt, während man die Kampfgenossenvereine bestehen ließ, deren Schließung nach unserer subjectiven Meinung allerdings jetzt überflüssig, hingegen vor zwei Jahren wenigstens zeitgemäß gewesen wäre, da sie viel mehr als die schleswig-holsteinischen dazu beigetragen haben, ruhige Leute aus den unteren Ständen, die sich um Politik nicht kümmerten, durch das beständige Reden von den Großthaten des Krieges, von der „eigent-

lich" gewonnenen Schlacht bei Idstedt und der unübertrefflichen Herrlichkeit des schleswig-holsteinischen Volkes mit Preußenhaß anzufüllen. Die ohne Concession erscheinenden Zeitungen wurden bis zur Erlangung einer solchen suspendirt; nur die giftige Schleswig-Holsteinische Zeitung, das Organ der Herren May und Frese (des preußischen Abgeordneten!) ging ein, da sie sich natürlich gar nicht um eine Concession bewarb, und die in den letzten Zeiten kaum weniger widerwärtigen Iphoer Nachrichten mußten sich auf Nichtpolitisches beschränken. Selbst das eigentliche Hofblatt, die Kieler Zeitung, durfte wieder erscheinen, nachdem sie bloß dafür Garantien gegeben, daß sie die dynastische Frage nicht in einem Preußen feindlichen Sinne bespräche. Absetzungen erfolgten weniger, als man erwartet hatte. Hatte man doch auch in Schleswig nur überaus wenig Beamte von ihren Stellen entfernt. Daß man die Herren Besser u. Comp. nicht in der Landesregierung ließ, die noch kurz vorher durch Nadelstiche, wie den Antrag auf gerichtliche Verfolgung der Unterzeichner einer in jeder Hinsicht loyalen Adresse an den König von Preußen, sowie das Verbot der Annahme preußischer Kassenscheine bei den öffentlichen Kassen, ihre Feindschaft bewiesen hatten, daß man den „Schulrath“ Bärens nicht weiter dafür bezahlen wollte, daß er die Zeitungen mit giftigen Verleumdungen Preußens anfüllte, ward selbst von den Gegnern als selbstverständlich anerkannt.

Einer ernstern Probe schien man dagegen die Beamten zu unterwerfen, als man ihnen einen Revers abforderte, der eine unbedingte Gehorsamsklärung gegen den König enthielt. Weitauß die größte Mehrzahl scheint den Revers ohne Einschränkung abgegeben zu haben. Aber theils wirkliche Gewissensbedenken, theils der stille Wunsch, der Welt noch einmal zu imponiren wie im November 1863, ließen doch gewisse Kieler Kreise nicht ruhig. Eine kleine Versammlung beschloß, eine verlausulirte Erklärung zu geben, welche den Revers zu einem bloßen Versprechen abstumpfte, das Amt redlich zu verwalten. Um eine Agitation im Lande hervorzurufen, schickte man diese lithographirte Erklärung im Lande umher. Mit einem Mangel an Ehrlichkeit, welche wir leider schon oft in „patriotischen“ Kreisen hatten kennen lernen, fügte man einige begleitende Worte hinzu, welche der unbefangene Leser so deutete mußte, als hätten sich sämtliche Mitglieder des höchsten Gerichts und sämtliche Professoren verpflichtet, die Clauseln zum Revers hinzuzusetzen, während in Wahrheit nur eine ganz kleine Minorität beider Körperschaften bei jener Berathung zugegen gewesen war. Man hoffte durch den Glauben, daß Universität und höchstes Gericht vorangingen, die Schwankenden zu stärken. Doch hatte der Versuch keinen großen Erfolg. Von jener gab — trotz entgegengesetzter Zeitungsnachrichten — die größte Mehrzahl (zum Theil freilich nach einigem Schwanken), von diesem fast die Gesammtheit die geforderte Erklärung ohne Zusatz ab. Und um der Agitation die Spitze abzubringen, erklärte der Oberpräsident, die Clauseln seien

bedeutungslos und er nähme die verlausulirten Reverse ebenso an, wie die pure abgegebenen. Ob dies Verfahren richtig war, wird vielfach bezweifelt; auf der einen Seite steht fest, daß bei Androhung der Amtsentsetzung die meisten Renitenten jeden Widerstand aufgegeben hätten, während es andererseits doch nicht im Interesse der Regierung lag, manchen sonst tüchtigen Mann bloß aus solchen Gründen brodlos zu machen. Der einzige Beamte übrigens, der unseres Wissens sich durchaus consequent geblieben, jede Gehorsamsklärung verweigert und in der die Bedeutung jener Clauseln als nichtig bezeichnenden Bekanntmachung des Oberpräsidenten folgerichtig nur einen weiteren Grund der Weigerung gesehen hat, ist der Pastor Schrader in Kiel. Ob die Entlassung des Obergerichtsraths Jensen mit einem ähnlichen Verhalten gegen die Regierung zusammenhängt, ist uns nicht bekannt. Im Ganzen aber hat der Verlauf dieser Angelegenheit einmal gezeigt, wie wenig unsre treuen Holsten bereit sind, ernstliche Opfer für das Haus Augustenburg zu bringen. Aehnliche Beobachtungen konnte man früher in Schleswig machen.

Während diese Sachen Holstein beschäftigten, brachte plötzlich der Telegraph die Kunde von der verhängnißvollen Bundesabstimmung. Ein Jauchzen der Freude ging durch die Reihen der Verblendeten; die zurückgebliebenen Reste des Hofes gaben das Signal: vollständige Demüthigung Preußens, Einsetzung des Herzogs und die Erfüllung aller patriotischen Wünsche waren nun gesichert. Selbst Leute von gerühmter Besonnenheit theilten diese Hoffnungen, und nur wenige Einsichtige erkannten den furchtbaren Ernst der Lage und begriffen, daß es sich jetzt nicht mehr um ein Mehr oder Minder von Anerkennung der „Landesrechte“, sondern um einen Entscheidungskampf zwischen Preußen und Oestreich, zwischen dem neuen und dem alten Deutschland handelte, und daß sie jetzt unbedingt zu Preußen stehn müßten, mochten sie sich auch sonst noch so sehr zum Hause Augustenburg gehalten haben. Die Ereignisse gaben ihnen bald Recht. Der jähe Umsturz der kleinen Throne, der Beginn des Krieges nicht in Schlesien oder Sachsen, sondern in Böhmen, erfüllte die Welt mit Staunen; die gehoffte Bundeshilfe erwies sich als hohler Schaum. Der Uebertritt aufrichtiger Augustenburger auf die preußische Seite mehrte sich, je mehr man die Haltlosigkeit der Mittelstaaten erkannte, je mehr man einsah, für welch ein Phantom man sich begeistert hatte. Aber dieser Uebertritt war doch immer nur auf einen kleinen Theil der Gebildeten beschränkt, während die Massen mißmuthig und verdrossen blieben und selbst manche der intelligentesten Führer aus ihrer Sympathie für Oestreich kein Hehl machten. Offen und versteckt hielt man das Volk mit falschen Gerüchten hin. Noch ehe ein Schuß gefallen war, wußte man hier die großartigsten Siege der Oestreicher in Schlesien und Sachsen zu berichten und alle Einreden dagegen wurden mit dem entscheidenden Argument widerlegt, daß die Preußen keine Nachrichten in die Blätter kommen

ließen, welche ihnen ungünstig wären. Auch die ersten siegreichen Treffen in Böhmen wurden verkleinert und abgeläugnet. Die Hamburger Zeitung, das einzige Organ, das noch offen augustenburgisch auftreten konnte, brachte die österreichischen Lügenberichte und die Kieler Zeitung druckte diese ohne Bemerkungen ab, während sie die amtlichen preussischen Nachrichten mit vielen Fragezeichen begleitete. Doch der Tag von Königgrätz machte diesem System vorläufig ein Ende. Der Schlag war zerschmetternd und die Furcht, daß Preußen nun am Ende doch Oestreich, dem Bund und allen ihren Helfershelfern das *vae victis!* zurufen würde, bemächtigte sich zuerst der Schleswig-Holsteiner.

Da erschien mit einem Male ein Retter in der Noth. Mit Scham müssen wir es sagen: in Schleswig-Holstein, dem Lande, dessen Deutschthum zu erhalten so viel edles Blut vergossen war, jubelte man auf bei der Nachricht von der französischen Intervention. Was man selbst zu thun weder gewagt noch auch nur ernstlich gedacht hatte, wozu sich das mit dem Bunde vereinigte Oestreich zu schwach bewiesen, das sollte jetzt Louis Napoleon ausführen! Die Herstellung des schleswig-holsteinischen „Landesrechts“ schien gesichert, mochte auch der letzte Rest deutscher Ehre dabei verloren gehn! Die weniger Verblendeten, welche noch immer „festhielten“, sahen wenigstens mit einem gemischten Gefühl von Beschämung und Schadenfreude darein. Daß die Italiener von durchaus ehrenhaften Männern regiert werden, daß der Kaiser Napoleon ein kluger und durch manchen Schaden gewisiger, vorsichtiger Politiker ist und daß endlich die Leiter Preußens nicht die Männer sind, die sich von dem ersten Schreckschuß einschüchtern lassen, bedachte man nicht. Nach kurzer Zeit mußte man denn freilich inne werden, daß man zu früh frohlockt habe, und wohl die Mehrzahl der überhaupt Denkenden auch unter den Augustenburgern hat jetzt wohl eingesehen, daß, mag der Schlachten- und Federkrieg immerhin verlaufen wie er will, die Lande Schleswig-Holstein aus Preußens Händen nicht mehr zu reißen sind.

Seit der Ausbruch des Krieges den Reihen der preussisch Gesinnten — die Herr Gustav Rasch noch kurz vorher auf ein paar Seiten vollständig mit Namen glaubte aufzählen zu können — manche treffliche Männer zugeführt und andere bewogen hatte, die bisher verborgene preussische Gesinnung offen hervortreten zu lassen, sind verschiedene Aeußerungen der neuen Partei ans Licht getreten. Adressen an den König von Privatleuten und städtischen Behörden sind abgegangen, welche sich offen für die Annexion aussprechen und Sammlungen für die in den preussischen Lazarethen liegenden Krieger sind veranstaltet. Freilich sind jene Adressen nicht mit tausenden von Unterschriften bedeckt und selbst manche Männer, welche ihren Inhalt vollständig billigen, scheuen sich, durch ihre Unterschrift öffentlich ihre Sinnesänderung einzugestehn; andere, namentlich Kaufleute, wagen es gar nicht einmal, ihren Namen herzugeben, aus Furcht vor dem Terrorismus der augustenburgischen Mehrheit. Ich muß gestehn,

daß ich über einige derartige Züge von Feigheit selbst nach früheren Erfahrungen erstaunt gewesen bin. Doch mehrt sich nach und nach die Zahl der offenen Preußenfreunde. Die hannoverschen Erklärungen scheinen für viele ein willkommenener Anlaß zu sein, ihrem Herzen Luft zu machen; grade in diesen Tagen beginnt unter den früheren gemäßigten Augustenburgern (den s. g. „Blauen“) eine stille Agitation für diese Erklärungen, die freilich dem stärksten — selbst thätlichen — Widerstande der Treuen begegnet. Bei den zahlreichen Verbindungen der Blauen mit den Höfischen und der geringen Energie eines Theiles von ihnen wage ich noch nicht zu hoffen, daß sie offen mit allen Rücksichten brechen und den bennigschen Resolutionen zustimmen.

In gewissen Kreisen ist natürlich durch die neuesten Ereignisse tiefe Spaltung eingetreten. Die bisher mühsam verdeckte Uneinigkeit des akademischen Consistoriums (Senats), von dem ein Theil, durch zwei Neuberufene gekräftigt, schon ganz preussisch gesinnt war, ein anderer wenigstens daran dachte, sich der unbedingten Leitung der Exaltados, wie Forchhammer, Karsten u. s. w., zu entziehen, ist offen an den Tag getreten: bei der Reversfrage und bei späteren Gelegenheiten zeigte sich, wie gering die Zahl der unbedingt augustenburgisch gesinnten Professoren war und jetzt hat sich schon eine bedeutende Zahl von ihnen entschieden für Preußen erklärt. Allerdings ist der politische Nimbus der Universität, der durch ein einmüthiges Auftreten in gewissen bedeutungsvollen Augenblicken gewonnen war, vollständig dahin. Mit der Universität kann sich aber noch mancher politische Held trösten, der jetzt ganz kleinlaut geworden ist und nöthigenfalls persönlich Bismarck um sein Wohlwollen bitten würde.

Aber wir wiederholen, daß sich diese wirklichen und gezwungenen Befeh-
rungen fast nur auf die Gebildeten erstrecken und auch unter diesen wohl die Majorität preußenfeindlich geblieben sein mag. Die große Masse „hält unerschütterlich fest“, d. h. sie schilt im Stillen auf die verdammten Preußen, leistet aber der Obrigkeit denselben Gehorsam, wie weiland den Dänen und denkt im Uebrigen viel mehr an ihre täglichen Geschäfte als an politische Dinge. Wer etwa thatsächlichen Widerstand erwartet hat, findet sich bitter getäuscht. Wie in Schleswig nur eine einzige Uebertretung der s. g. Zuchthausverordnung bekannt geworden ist, so fügt sich auch hier alles und würde sich selbst fügen, wenn viel drückendere Bestimmungen gegeben würden. Waghalsiger Muth fehlen eben unserm wackern, aber höchst passiven und phlegmatischen Volke. Das mußte die preussische Regierung, vermuthlich durch Manteuffels eigene Erfahrung belehrt, als sie es wagte, beim Angriff auf das Welfenreich das eben erst besetzte und im Ganzen sehr unfreundlich gesinnte Land fast vollständig von Truppen zu entblößen. Keine Hand hat sich gegen Preußen gerührt.

Aber mit den kleinen Agitationsmitteln arbeitet man nach wie vor weiter. Die Kieler Zeitung weiß durch Verschweigen und Zweideutigkeiten, wie durch positive Angaben ihre Leser so weit irre zu führen, wie es irgend die Rücksicht auf die „factische“ Regierung erlaubt. Aehnlich verfährt der Altonaer Merkur. Um den Unschuldigen zu täuschen, verbirgt man seinen Preußenhaß und stellt sich, als ob man eigentlich Preußen wohlwolle und nur dieses und jenes an ihm nicht billige; man thut, als überlege man, ob man die hannoverschen Resolutionen nicht auch annehmen solle, und setzt die Gründe auseinander, welche dies leider unthunlich machen, während man gar nicht daran gedacht hat, sich mit ihnen zu befreunden. So verfährt man der gebildeten Welt gegenüber. Dem gemeinen Mann kann man stärkere Kost bieten. Man hegt ihn an, seine dienstpflchtigen Söhne der bereits feststehenden Rekrutirung durch die Flucht nach — Dänemark zu entziehen, man spricht von den Leiden der Gegenwart und dem Wunsch, wieder dänisch zu werden, man erzählt wieder von der ungünstigen Lage des preußischen Heeres — in Eiderstedt heißt es nach der Fl. Nordd. Zeitung, die Flucht der Oestreicher und der Rücktritt Benedek's sei nur geschehen, um die Preußen recht sicher in die Falle zu locken und sie im Innern des Reichs gründlich zu vernichten — und was dergleichen unschuldige Mittel mehr sind. Nachdem die preußische Partei damit begonnen hat, Sammlungen für die Verwundeten zu veranstalten und zwar mit nicht unerheblichem Erfolg, benützt man die Gelegenheit zu einer östreichischen Demonstration, indem man angeblich aus reinen Humanitätsgründen für die Verwundeten aller Parteien zugleich sammelt und den größten Theil der Gelder und sonstigen Gaben den Oestreichern und Bundesstruppen schickt. Daß der Humanität vollständig Genüge geschieht, wenn man die Gaben an die preußischen Lazarethe sendet, in denen ja Oestreicher in größerer Zahl liegen als Preußen, glaubt man ignoriren zu dürfen. Hier und da sind, jedoch mehr im Verborgenen, sogar Specialsammlungen für die Oestreicher und für die Sachsen geschehen. Leider hat der Oberpräsident grade eben wieder den Sammlern das Vergnügen verdorben, indem er solche Demonstrationen verbietet. Ein neuer Beweis des unerträglichen Drucks, unter dem wir Schleswig-Holsteiner schmachten! Ihr Correspondent aber ist böshaft genug zu glauben, daß dieser und jener Patriot dieses Verbot sehr gerne sieht, das ihn einestheils der unangenehmen Nothwendigkeit überhebt, seine Gesinnung durch Bezahlen zu beweisen und andertheils Gelegenheit giebt, über die Barbarei der Preußen zu schimpfen.

Natürlich kann eine Organisation wie die der Schleswig-holsteinischen Vereine nicht durch ein einfaches Verbot vernichtet werden, und es sind denn auch schon Beweise davon ans Licht getreten, daß im Verborgenen noch weiter agitirt wird. Die s. g. demokratische Partei, deren Führer von der Föderativrepublik träumen und zu allen Zeiten über den Herzog mit Verachtung geredet haben, wäh-

rend sie öffentlich wie die eingefleischten Legitimisten mit ihrer Holfstentreue prunkten, hatte in der letzten Zeit die Alleinherrschaft in jenen Vereinen erlangt und scheint auch jetzt noch, soweit möglich, weiter zu wirken. Sie giebt sich die Miene, noch immer auf die Einsetzung des Herzogs zu hoffen, während unter den eigentlichen Legitimisten schon mancher Zweifel laut wird. Gefährlich sind diese Parteien der Regierung durchaus nicht, aber recht unbequem können sie ihr noch werden. Wir erinnern nur an die bevorstehenden Parlementsahlen. Die neueste Parole lautet „nicht wählen!“ Mag nun dieser Befehl ausgeführt werden oder mag man sich entschließen, Leute des öffentlichen Vertrauens, d. h. beschränkte oder verbitterte Particularisten zu wählen, vielleicht unter Protest, so wird das keinesfalls ein erbauliches Resultat geben. Von den zehn Abgeordneten, die etwa auf Schleswig-Holstein fallen, werden im günstigsten Falle drei preussisch gesinnt sein; die übrigen, nach Abzug von einem oder zwei dänisch Gesinnten, werden „echt schleswig-holsteinische Patrioten“ sein, wie sie die staunende Welt schon auf dem letzten Abgeordnetentag gesehen hat. Die physische Eroberung Schleswig-Holsteins ist vollendet, aber die moralische wird noch sehr viel Mühe machen. Daß sie endlich doch noch gelingen wird, daran zu zweifeln wäre freilich ein Zweifel an Preußens Beruf.

Die preussischen Sympathien in Ostfriesland.

Es ist eine allbekannte Sache, daß in Ostfriesland die Erinnerungen an die Zeit der preussischen Herrschaft niemals ausgestorben sind. Der großdeusch-ultramontane Ostfrieze und Geschichtschreiber Ostfrieslands freilich, Onno Klopp, hat sich viel Mühe gegeben, nachzuweisen, daß es seinem Heimathlande unter dem Scepter der Hohenzollern keineswegs so gut ergangen sei, wie man dort gegenwärtig anzunehmen beliebe. Es kann ja auch sein, daß der Duft der Ferne, der überall herkömmliche Trugschluß von der „guten alten Zeit“ Silber vergoldet hat. In der That, es wäre nichts Besonderes, wenn die tiefgewurzelte Abneigung gegen den Zusammenhang mit Hannover den früher bestehenden Zusammenhang mit Preußen in verklärtem Lichte erscheinen ließe. Die Vergleichung zwischen dem objectiven Werthe zweier Geschichtsepochen taugt an sich ja überhaupt nicht viel. Sie wäre im vorliegenden Falle nur dann von Bedeutung, wenn sie dahin geführt hätte oder führen könnte, die überlieferten preussischen Sympathien Ostfrieslands zu schwächen. Das aber ist Klopps guthannoverischem Eifer nicht gelungen. In Ostfriesland selbst scheint seine Darstellung niemanden bekehrt zu haben; und wer ihr im übrigen Norddeutschland einige Beachtung schenkte, den kann leicht die nachfolgende Ent-